



## TV-Tipp: HAF – Schlagbaum runter, Zäune hoch



Heute heißt es wieder ganz tapfer sein für diejenigen PI-Leser, die den politisch überkorrekten Talk „Hart, aber fair“

zum Thema „[Schlagbaum runter – Zäune hoch](#)“ (ARD, 20:30 Uhr) mitverfolgen wollen. In der Ankündigung heißt es weinerlich: *Erst heißt Deutschland die Flüchtlinge willkommen, dann schließen wir plötzlich die Grenzen: Hat die Bundesregierung die Krise überhaupt noch im Griff? Und ist jetzt Schluss mit Europas Freizügigkeit, werden Menschen in Not abgewiesen?* Gäste sind die üblichen Verdächtigen (Käßmann, Söder, etc.), eine Oppositionsstimme zur Einheitsmeinung fehlt gänzlich. [\(Video der kompletten Sendung auf Youtube\)](#)

---

**JF: Propaganda und ihre**

# Kollateralschäden

Propaganda bezweckt immer zweierlei: Eine bestimmte Weltsicht in alle Köpfe hineinzuhämmern und Abweichler, die nicht mittun wollen, mundtot zu machen. Sonst wäre es ja eine Diskussion oder Debatte, und die findet bei Themen wie Asyl-Immigration oder Homosexuellen-Hofieren in Meinungsmacherkreisen schon seit längerem nur noch sehr bedingt statt. Daß Propaganda wirkt, merkt man nicht zuletzt daran, daß willkürlich herausgepickte Aus-der-Reihe-Tänzer von ihrem sozialen Umfeld oder vom Arbeitgeber geächtet und erledigt werden, ohne daß eine besondere Instanz noch eigens dazu auffordern muß. *(Fortsetzung des Michael Paulwitz-Artikels [in der Jungen Freiheit](#))*

---



**Wieder Tausende bei Pegida in Dresden – Bachmann kündigt Partei-gründung an**



Pegida demonstrierte heute Abend wieder in Dresden auf dem Neumarkt. Beginn war um 18.30 Uhr an der Frauenkirche. Leider gab es heute erneut keinen Livestream, aber

[EPOCH TIMES hat per Live-Ticker berichtet.](#) 18:35 Uhr: Der Platz vor der Frauenkirche ist brechend voll. Die Pegida-Demonstranten stehen vom Lutherdenkmal bis zum Museum Johanneum und zum Hotel Steigenberger. Das Wetter ist trocken. In wenigen Minuten geht die Kundgebung los. Das Video der kompletten Kundgebung liefert PI spätestens morgen in einem separaten Beitrag nach.



## Warschau: Proteste gegen Masseninvasion



Mehrere Tausend Menschen gingen am Samstag auf die Warschauer Straßen, um ihre Ängste und Befürchtungen gegenüber der Aufnahme von muslimischen Immigranten zu

äußern. Über 62.000 Personen meldeten sich für die Veranstaltung auf Facebook an.

(Aus dem Polnischen von Sobieski / Quellen: [Polska Times](#) und [WP.pl](#))

Westliche Politiker, die in Anbetracht der Lage immer neue Forderungen an Polen stellen, hinterließen bei den protestierenden Warschauern keine warmen Gefühle. Die Menge nahm dabei kein Blatt vor den Mund. „Wir wissen, dass die Flüchtlinge nicht wirklich zu uns kommen möchten, aber Kanzlerin Merkel soll sie uns nicht aufdrängen. Wir protestieren gegen eine solche Politik“, äußerten sich zwei rot-weiß gekleidete junge Damen. „Wir hörten von der Forderung des Deutschen Martin Schulz, eine verbindliche Quote einführen zu wollen, und vom österreichischen Kanzler Faymann gegen Viktor Orbán. Wir laden beide herzlichst nach Polen ein. Sollen sie mal hier vor Ort versuchen, uns etwas vorzuwerfen“, kommentierte eine Gruppe junger Männer die Aussagen der ausländischen Regierungsvertreter.

Es wurde nicht nur gezielt gegen einzelne Politiker, sondern auch gegen die gesamte Europäische Union ausgeteilt. „Lieber bauen wir Polen über 20 Jahre lang selbständig auf, als in nur zehn Jahren mit Hilfe der EU. Damit verlieren wir unsere Souveränität. Wir haben keine Stimme und sind fremden Mächten ausgeliefert“, erklang es vereinzelt in der Menge. „Unsere ‚geliebte Regierung‘ will die Islamisten reinholen, weil es

die Europäische Union so fordert“, sagte eine Ordnerin.

Die Organisatoren, das Nationalradikale Lager (ONR), eine polnische antikommunistische und nationalistische Partei, sprachen von rund 2.000 Teilnehmern.

Erst am Freitag hatte der Woiwode von Masowien, Jacek Kozłowski, das Verbot der Warschauer Ratsmitglieder [wieder aufgehoben](#), nachdem diese versucht hatten, den Protestumzug gerichtlich zu unterbinden. Ausgegangen war der Vorwurf, der Protestumzug könnte möglicherweise „rassistisch motivierten“ Unmut in der Bevölkerung schüren.

Gleichzeitig nahmen nur rund 200 Personen an der Gegenkundgebung „Flüchtlinge gerne gesehen“ in Białystok (Woiwodschaft Podlachien) teil. „Kein Mensch ist illegal“, „Das menschliche Leben hat keinen Preis“ sowie „Refugees Welcome“ – war auf vereinzelt Transparenten zu lesen. Die Organisatoren bekräftigten, dass die Gesellschaft Flüchtlinge aufnehmen müsse, denn „jeder von uns könnte sich eines Tages in der selbigen Situation wieder finden“.

Der stellvertretende Innenminister, Piotr Stachanczyk, sagte am Freitag bei einer Sitzung des Innenausschusses im Sejm, dass Polen sich derzeit noch zu keiner weiteren Aufnahme als den im April zugesagten 2659 Personen bereit erklärt habe. Die neuen Vorschläge der Europäischen Kommission, wonach Polen genau 9287 weitere Personen aufnehmen müsste, werden derzeit noch untersucht.

Videos:

---

# Syrische Flüchtlinge: Die Rechtslage



Kriegsflüchtlinge werden im Nachbarland des Krieges vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) registriert und betreut. Der UNHCR kann die

Flüchtlinge dann auf weitere Zielländer verteilen, sofern diese netterweise anbieten, Flüchtlinge aufzunehmen. Wenn also die deutsche Bundesregierung syrische Flüchtlinge aufnehmen wollte, bräuchte sie nur beim UNHCR anzurufen. Der UNHCR würde ihr jederzeit 500.000 Syrer schicken, gern auch eine Million: ordnungsgemäß per Flugzeug, direkt aus den UNHCR-Lagern in der Türkei und Jordanien. Dass die Bundesregierung diesen ordentlichen Rechtsweg nicht nutzt, beweist: Es geht der Bundesregierung nicht um syrische Flüchtlinge. Es geht um etwas anderes.

*(Von C. Jahn)*

Der irreführende Begriff „Flüchtlinge“ für illegale Eindringlinge nach Deutschland wird von der Politik absichtlich inflationär gebraucht, damit er sich uns im Gehirn festbrennt. Selbst viele Konservative fallen auf diesen Schwindel herein und neigen zur Weinerlichkeit zumindest gegenüber syrischen Flüchtlingen, die in angeblicher Verzweiflung über das Meer nach Europa schwimmen, weil sich ihnen in unserer modernen und von internationalem Recht bis ins letzte Detail geordneten Welt kein anderer Ausweg bietet.

Es sei an daher einmal ausdrücklich daran erinnert, dass wir nicht mehr in der Steinzeit leben und die Welt kein rechtsfreier Raum ist. Die Staaten der Erde haben im internationalen Recht genau festgelegt, wie im Fall eines Krieges mit Kriegsflüchtlingen, einschließlich syrischen Kriegsflüchtlingen, zu verfahren ist. Dieses Rad muss auch heute nicht neu erfunden werden, auch nicht in konservativen Kreisen.

Zuständig für Kriegsflüchtlinge ist das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, der UNHCR. Der UNHCR wird von den Mitgliedsländern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist. Wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: im Nachbarland des Krieges bzw. im ersten Land, in dem ausreichende physische Sicherheit (Frieden) gewährleistet ist. Im Fall Syriens sind dies z.B. die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es definitiv nicht. Polen ist es auch nicht, und Saudi-Arabien ist es auch nicht. Deutschland, Polen und Saudi-Arabien haben deshalb keinerlei rechtliche Verpflichtung, auch nur einen einzigen syrischen Flüchtling aufzunehmen.

Allerdings kann sich Deutschland netterweise dazu bereit erklären, die Türkei und Jordanien zu entlasten. Dazu braucht die Bundesregierung nur zum Telefon zu greifen und dem UNHCR mitzuteilen, dass sie bestimmte Kontingente an syrischen Flüchtlingen aufnimmt, gern auch 500.000 Leute. Sie muss es nur sagen. Der UNHCR wird dann in ganz geordneten Bahnen gemeinsam mit den türkischen oder jordanischen Behörden die Ausreise dieser 500.000 Leute direkt aus der Türkei und Jordanien nach Frankfurt veranlassen, ganz normal über den nächstgelegenen internationalen Flughafen.

Also nochmal zum Mitschreiben: Wenn die Bundesregierung in ordnungsgemäßer Form syrische Flüchtlinge aufnehmen wollte, könnte sie dies gemeinsam mit dem UNHCR ganz einfach tun.

Es sei an dieser Stelle ebenfalls daran erinnert, dass auch alle in Syrien politisch verfolgten syrischen Regimegegner, die zunächst in die Türkei und nach Jordanien fliehen, keinen Asylrechtsanspruch mehr in Deutschland haben. Diese Leute sind nach ihrer Ankunft in der Türkei nicht mehr politisch verfolgt, egal was für Ammenmärchen uns unser Lügenstaat erzählt. Begriffe wie „Asyl“ und „Asylrecht“ sind daher in der ganzen Debatte in Bezug auf Syrer grundsätzlich fehl am Platz.

Was für Syrer gilt, gilt auch für alle anderen Nationen. Es gibt einen festgelegten Rechtsrahmen. Wäre unser Lügenstaat kein Lügenstaat, sondern ein Rechtsstaat, würde er sich an dieses Recht halten und den beschriebenen, seit Jahrzehnten bestehenden internationalen Rechtsweg nutzen, um syrische Flüchtlinge nach Deutschland zu holen.

Unser Lügenstaat aber wäre kein Lügenstaat, wenn er nicht mit Hilfe gezielter Halbwahrheiten und Wortverdrehungen den Bürgerkrieg in Syrien dazu ausnutzen würde, um sein verbrecherisches politisches Lieblingsprojekt noch schneller in die Tat umzusetzen: die ethnische Siedlungspolitik im Inland voranzutreiben und die totale Bunte Republik zu errichten.

Die Bundesregierung will keine syrischen Flüchtlinge, sie will mehr. Würde die Bundesregierung ordnungsgemäß beim UNHCR anrufen und syrische Flüchtlinge anfordern, bekäme sie 500.000 syrische Flüchtlinge, gern auch eine Million. Für den Aufbau der Bunten Republik aber benötigt sie viele, viele Millionen, egal woher, und zwar nicht nur einmal, sondern möglichst jedes Jahr. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht sie also nicht nur die 5% echten Syrer, sie braucht vor allem die 95% Trittbrettfahrer. Zur Ansiedlung dieser 95% Trittbrettfahrer aber fehlt ihr jede Rechtsgrundlage. Ihr Ziel: nicht nur den legitimen Teil des Ganzen, sondern auch das illegitime Ganze zu bekommen, kann sie daher nur über Chaos, eine künstlich geschaffene „Notlage“ und das fortwährende Schüren emotionaler Betroffenheit durchsetzen.



Die Bundesregierung verzichtet daher ganz bewusst auf den ordnungsgemäßen internationalen Rechtsweg, weil sie ihre tatsächlichen Ziele auf ordnungsgemäße Weise nicht erreichen könnte.

---



## **Video : Ferdinand, „dunkeldeutscher“ glühender deutscher Patriot aus Kamerun**



Ferdinand ist der Sohn eines Diplomaten aus Kamerun und in Deutschland geboren. Er ist Patriot, lehnt die Masseneinwanderung nach Deutschland entschieden ab und spricht sich dafür aus, dass nur Menschen

mit Ausbildung und Qualifizierung in unser Land einwandern. Bei Legida appellierte er an rund 1000 Zuhörer, dass das deutsche Volk endlich wieder lernen müsse, patriotisch zu sein, um aus der totenähnlichen Schockstarre herauszukommen, die es befallen hat.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Ferdinand gesellt sich nur zu gerne zu dem „Pack“, das Vizekanzler Gabriel von der SPD diffamierte:



Hier seine flammende Rede bei Legida am 31. August zum deutschen Patriotismus. Interessant auch seine Ausführungen über den Reichtum Afrikas und was dort alles falsch läuft:

Patriotismus und Islamkritik kennen keine Grenzen: Iris und Andreas reisten extra aus Den Haag an, um bei Legida dabei sein zu können:



Bis vier Linke den Zug blockierten. Was die Polizei aus der Situation machte, ist in diesem Video zu sehen:

An einer weiteren Stelle saßen noch mehr antideutsche Meinungsfaschisten. Auch an denen spazierten die Patrioten vorbei:



Alle Moslems dieser Völkerwanderung, die vor den Kriegen des Islams abhauen, sollten zwingend auch von islamischen Ländern aufgenommen werden, vor allem den schwerreichen Ölstaaten. Asyl in Europa dürften nur wirklich verfolgte Nicht-Moslems bekommen. Die Politiker, die diese existenzielle Bedrohung der Massen-Invasion zu verantworten haben, sollten bei den kommenden Wahlen die Quittung bekommen und aus den Parlamenten verjagt werden:

Die Rede des Kundgebungsleiters Markus Johnke:

Weitere Fotos einer gelungenen Veranstaltung:



